

presse

Flüchtlinge: Faire europäische Lösung

Zur aktuellen Situation der Flüchtlinge auf den Mittelmeerinseln Lampedusa und Malta erklärt der stellvertretende innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Rüdiger Veit:

Lässt man alle Verbrämungen weg, dann kann man es letztlich nur als skandalös benennen, wenn sich das große und reiche Europa wegen einiger zehntausend Flüchtlinge aus Nordafrika zerstreitet, während zum Beispiel das vergleichsweise kleine Tunesien zwischenzeitlich mehr als 100 000 Flüchtlinge aus Libyen aufgenommen hat. Man kann nur den Kopf schütteln, wenn Frankreich zeitweise seine Grenzen nach Italien schließt, Italien seinen EU-Austritt ankündigt und die Bundesregierung verlauten lässt, dass sie die in Italien ausgestellten vorübergehenden Visa für tunesische Flüchtlinge in Deutschland nicht anerkennen will.

Und auch wenn gestern auf Lampedusa so viele Flüchtlinge wie noch nie in einem einzigen Boot – nach Angaben des Roten Kreuzes waren es 760 Menschen, die überwiegend aus Nigeria, Pakistan und Mali kommend – auf der süditalienischen Insel gestrandet sind: Es sind wahrlich keine furchterregenden Dimensionen, die irgendwen irgendwo in Europa erschrecken sollten. Es sind erschöpfte und der humanitären Hilfe bedürftige Menschen in überschaubarer Anzahl, denen geholfen werden kann.

Es geht um etwas anderes: Das Versagen Italiens, der EU und der Bundesregierung wiegt vor allem deswegen so schwer, weil alle, die in den letzten Wochen auf Lampedusa und Malta mit zugegebenermaßen sehr unterschiedlichen Gefühlen und daraus resultierenden flüchtlingspolitischen

Rezepten reagiert haben, schlichtweg vergessen haben, welche immensen Belastungen im Mittelmeerraum seit Jahr und Tag ein Land wie Griechenland zu tragen hat. Zwischen 500.000 und 1,5 Millionen - zum Teil sogar illegaler - Flüchtlinge sind bei einer Bevölkerungszahl von ungefähr elf Millionen Griechen in den letzten Jahren dort zugewandert. Davor hat man in Europa bis heute die Augen verschlossen und lediglich das mangelhafte griechische Asylverfahren kritisiert. Hier ist die EU bei einer desaströsen Entwicklung, die nun berechtigterweise das Bild eines Massenzustroms erlaubt, ernsthaft gefordert. Hier muss endlich eine faire europäische Lastenverteilung angestrebt werden. Hier besteht dringender Handlungsbedarf - nicht nur aktuell in Lampedusa oder auf Malta.